

Bundesblatt

Bern, den 5. April 1968 120. Jahrgang Band I

Nr. 14

Erscheint wöchentlich. Preis Fr. 36.– im Jahr, Fr. 20.– im Halbjahr,
zuzüglich Nachnahme- und Postzustellungsgebühr

9873

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Verstärkung des strafrechtlichen Schutzes des persönlichen Geheimbereichs

(Vom 21. Februar 1968)

Herr Präsident,
Hochgeehrte Herren,

Wir beehren uns, Ihnen mit dieser Botschaft den Entwurf zu einem Bundesgesetz betreffend Verstärkung des strafrechtlichen Schutzes des persönlichen Geheimbereichs zu unterbreiten. Veranlasst hat uns dazu das folgende von Herrn Nationalrat Müller-Luzern am 1. Juli 1966 eingereichte und vom Nationalrat am 28. September 1966 angenommene Postulat (Nr. 9526):

«Laut Pressemeldungen werden in den Vereinigten Staaten Kleingeräte hergestellt und in den Verkehr gebracht, die dazu dienen, Gespräche aus geringerer oder grösserer Entfernung, ja sogar durch Wände hindurch unbemerkt abzuhören und auch festzuhalten.

Man muss befürchten, dass diese Entwicklung in absehbarer Zeit auch auf die Schweiz übergreifen werde. Sie bedroht also auch bei uns die Intimsphäre der menschlichen Person auf das empfindlichste. Der geltende Rechtspersonlichkeitsschutz des Privatrechts dürfte kaum genügen, diese Gefahr zu bannen.

Der Bundesrat wird daher eingeladen, vorausschauend wirksame Bestimmungen des privaten oder öffentlichen Rechts gegen den Verkehr mit solchen Geräten, jedenfalls aber gegen deren Missbrauch, zu erlassen.»

I. Allgemeine Bemerkungen

1. Das Recht auf den persönlichen Geheimbereich ist Ausdruck der Überzeugung, dass der Einzelne sich nur dann zu einer Persönlichkeit entwickeln kann, wenn ihm hiefür ein freier Raum vor der Gemeinschaft und dem Staat sowie vor den andern Einzelnen gewährleistet wird. Es gehört zu jenen Rechten, die in einer freiheitlichen Rechtsordnung dem einzelnen Menschen um seiner Persönlichkeit willen zustehen. Diese Rechte zu schützen zählt zu den Aufgaben des Rechtsstaates. Die Schutzaufgabe erfüllt er nur, wenn er bei jedem Auftauchen neuer Angriffsmöglichkeiten die bestehenden Schutzbestimmungen auf ihre Wirksamkeit überprüft und erforderlichenfalls ändert oder ergänzt.

In bezug auf den persönlichen Geheimbereich ist gerade in der Gegenwart eine solche Überprüfung der zu seinem Schutz bestehenden Gesetzesbestimmungen offensichtlich notwendig geworden. Es bestand darüber bereits im Zeitpunkt der Annahme des eingangs wiedergegebenen Postulates nicht nur zwischen dem Bundesrat und dem Postulanten, sondern auch, wie zahlreiche Pressestimmen gezeigt haben, in der Öffentlichkeit Übereinstimmung. Den Anlass für diese Überprüfung bilden die Entwicklung und laufende Vervollkommnung sowie die beunruhigend zunehmende und in letzter Zeit auch auf die Schweiz übergreifende Propagierung und Verbreitung von Tonaufnahme- und vor allem von Kleinabhörgeräten, die es wegen ihrer relativen Wohlfeilheit praktisch jedermann ermöglichen, ein Gespräch, das er mit jemand anderem führt, heimlich auf einen Tonträger aufzunehmen oder ein fremdes Gespräch über eine mehr oder weniger grosse Distanz zu belauschen. Aus dieser technischen Entwicklung, vor allem wenn sie sich mit einem Mangel an Achtung vor der Menschenwürde, mit Sensationsgier oder rücksichtslosem Gewinnstreben paart, erwächst eine neue, schwere Bedrohung des persönlichen Geheimbereichs des Einzelnen. Sie zwingt den eidgenössischen Gesetzgeber, die Frage zu prüfen, ob das zum Schutz des Geheimbereichs bestehende juristische Verteidigungssystem zu ihrer Abwehr noch ausreicht oder ob es gegebenenfalls verstärkt werden muss.

2. Ob der privatrechtliche Schutz im Sinne einer besseren Abwehr von Verletzungen der Intimsphäre durch Abhörgeräte und andere technische Mittel einer Verstärkung bedürfe, kann hier offenbleiben. Zu dieser Frage wird allenfalls im Hinblick auf die Motion Broger vom 22. Juni 1967 (Nr. 9740) betreffend Schutz des Persönlichkeitsrechtes Stellung zu nehmen sein. Die umfassenden Generalklauseln von Artikel 28 des Zivilgesetzbuches (ZGB) und Artikel 49 des Obligationenrechts (OR) enthalten folgende Rechtsbehelfe: Bei unerlaubter Verletzung der Persönlichkeit kann je nach Sachlage auf Schadenersatz, auf Genugtuung, auf Beseitigung der Störung, auf Unterlassung sowie Feststellung der Widerrechtlichkeit geklagt werden. So hat das Schweizerische Bundesgericht schon im Jahre 1918 die Schadenersatz- und Genugtuungsklagen eines Wohnungsmieters, dessen Gespräche von der Nebenwohnung aus systematisch abgehört worden waren, gutgeheissen (BGE 44, II, 319ff.). Im übrigen erlaubt Artikel 52, Absatz 3 OR dem Betroffenen, gegebenenfalls zur Selbsthilfe zu greifen. Ferner kann wegen Besitzesstörung geklagt werden (Art. 928 und 929 ZGB); an diese Klage liesse sich denken, wenn beispielsweise bei zusammengebauten Häusern im einen Haus zur Belauschung von Gesprächen im andern Haus ein Mauermikrophon installiert ist. Wurde ein Abhörgerät zur Auskundschaftung von Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnissen verwendet, so steht auch die zivilrechtliche Klage wegen unlauteren Wettbewerbs zur Verfügung (Art. 1, Buchst. f und g sowie Art. 2 des Bundesgesetzes vom 30. September 1943 über den unlauteren Wettbewerb (UWG; BS 2, 951; AS 1962, 1055).

3. Gegen besonders schwere Angriffe auf die Persönlichkeit, die sich mit zivilrechtlichen Mitteln allein nicht ausreichend abwehren lassen, dient der aus strafrechtlichen Tatbeständen errichtete Schutzwall. Dieser erweist sich, soweit

er den persönlichen Geheimbereich vor Verletzungen durch Abhörgeräte und andere technische Mittel schützen soll, als sehr lückenhaft. Betreten fremde Personen zum Anbringen, Bedienen und Entfernen von Abhörgeräten gegen den Willen des Berechtigten ein Haus, eine Wohnung oder einen zum Haus zählenden umfriedeten Platz, so liegt Hausfriedensbruch gemäss Artikel 186 StGB vor; dies sogar dann, wenn der Vermieter zu solchem Zweck in eine vermietete Wohnung eindringt. Dieser Schutz versagt, wenn das Abhörgerät von einer Person angebracht wird, welche zum Betreten des in Frage stehenden Raumes befugt ist. Je nach der Eigenart der abgehörten Mitteilungen kann, allerdings wohl nur in selteneren Fällen, verbotener politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Nachrichtendienst (Art. 272 bis 274 StGB) oder unlauterer Wettbewerb durch Auskundschaften von Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnissen (Art. 13, Buchst. *f* UWG) vorliegen. Die Weiterverbreitung der aufgefangenen Mitteilungen kann im einzelnen Fall üble Nachrede oder Beschimpfung (Art. 173 und 177 StGB) zum Nachteil der abgehörten oder einer dritten Person darstellen. Diese sehr lückenhaften Vorschriften, welche unmittelbar oder mittelbar Rechtsgüter der einzelnen Bürger schützen, werden ergänzt durch die Vorschriften des Bundesgesetzes vom 14. Oktober 1922 betreffend den Telegraphen- und Telephonverkehr (TVG; BS 7, 867; AS 1962, 977). Artikel 42, Absatz 1, Buchstabe *a* TVG droht Gefängnis bis zu einem Jahr oder Busse dem an, der eine konzessionspflichtige Sendeeinrichtung irgendwelcher Art, die der radioelektrischen Zeichen-, Bild- oder Lautübertragung dient, ohne Konzession oder im Widerspruch zu den Konzessionsbedingungen erstellt, betreibt oder benützt. Unter diesen Straftatbestand fallen Abhörgeräte in der Gestalt von Kleinsendern; denn für solche Kleinsendegeräte werden von der Generaldirektion PTT selbstredend keine Konzessionen erteilt. Buchstabe *b* von Artikel 42, Absatz 1 TVG bedroht mit Strafe den, der ohne Ermächtigung der PTT-Betriebe die mit einer radioelektrischen Vorrichtung aufgefangenen Zeichen, Bilder oder Nachrichten einem Dritten bekanntgibt. Und Buchstabe *e* von Artikel 42, Absatz 1 TVG sieht Strafe für den vor, der fremde Apparate oder Leitungen mit denen der PTT-Betriebe verbindet, wie es derjenige tut, der eine Telephonleitung anzapft, um die durch sie geleiteten Gespräche abzuhören.

Wie bereits gesagt, ist der durch die aufgezählten Strafbestimmungen gewährte Schutz unzureichend, einmal deswegen, weil die im Strafgesetzbuch enthaltenen Tatbestände nur in bestimmten Fällen anwendbar sind und einzig Randerscheinungen des verpönten Verhaltens, doch nicht dieses selber treffen, und weil auch mit Artikel 42 TVG nicht alle Arten von Abhörgeräten erfasst werden können (z. B. nicht ein zu Abhorchzwecken verstecktes Tonbandgerät, da es kein Kleinsender ist); zum andern deswegen, weil der durch das TVG gewährte Schutz vorab andern Zwecken als dem Schutz der Persönlichkeit dient und versagen müsste, wenn ungehindert massenhaft Abhörgeräte verwendet werden könnten. Dazu kommt, dass alle hier genannten Straftatbestände, ausgenommen Artikel 42, Absatz 1, Buchstabe *e*, erst den unzulässigen Gebrauch der in Frage stehenden Geräte unter Strafe stellen, während ein wirklich wirksamer Schutz früher einsetzen sollte, das heisst, auch Bestimmungen nötig wären, die

bereits das Herstellen, den Besitz, die Verbreitung und die Anpreisung von Abhörgeräten mit Strafe bedrohen.

4. Dass ein Bedürfnis nach einem weiterreichenden strafrechtlichen Schutz besteht, zeigen auch die Antworten der kantonalen Polizeidirektionen auf ein Rundschreiben des Justiz- und Polizeidepartements. Die kantonalen Polizeidirektoren waren ersucht worden, über alle ihnen bekanntgewordenen Fälle des Abhörens mittels Kleinabhörgeräten zu berichten und zur Bedürfnisfrage in bezug auf den Erlass strafrechtlicher Schutzvorschriften Stellung zu nehmen. Von den 21 eingegangenen Antworten treten 16 nachdrücklich für die Schaffung besonderer strafrechtlicher Schutzbestimmungen ein; lediglich in vier Antworten wird die Bedürfnisfrage zur Zeit verneint. Fälle des Abhörens mittels Kleinabhörgeräten, die zur Kenntnis der Strafverfolgungsbehörden gelangt sind, wurden zwei gemeldet. Massgebend für die Entscheidung, ob solche Eingriffe in die Persönlichkeit strafwürdig sind, ist jedoch nicht die vorläufig scheinbar noch geringe Häufigkeit solcher Taten, sondern die Bedeutung des gefährdeten Rechtsgutes. Der hohe Wert des Rechtsgutes des persönlichen Geheimbereichs, der im schweizerischen Recht deutlich erkennbar ist, spricht dafür, auch eine strafrechtliche Abwehr solcher Angriffe auf dieses Rechtsgut einzuführen. Eine strafrechtliche Ahndung der Angriffe als solcher hätte zudem den Vorteil, dass das mit Strafe bedrohte Verhalten eindeutig als rechtswidrig und damit als unzulässig und verboten bezeichnet würde.

5. Das Bestehen eines echten und dringenden Schutzbedürfnisses beweist auch die Entwicklung im Ausland. Es werden dort in neueren Strafgesetzen und Strafgesetzentwürfen folgende Verhaltensweisen unter Strafe gestellt:

das Herstellen, die Einfuhr und der Vertrieb von Abhörgeräten nach einem deutschen Gesetzesentwurf vom 19. April 1967; das am 20. Juli 1965 revidierte Strafgesetz des Staates New York bestraft in § 250.10 schon den Besitz von Gerätschaften zum Abhören von Telefongesprächen oder Auffangen von Telegrammen oder zum Abhören anderer fremder Gespräche, wenn die Absicht besteht, die Geräte zu den genannten Zwecken zu gebrauchen;

das Verwenden von Abhörgeräten durch den mit Gesetz vom 12. Dezember 1958 dem Strafgesetz von Norwegen angefügten § 145a; durch den deutschen Entwurf eines Strafgesetzbuches von 1962, § 183, Absatz 2; durch den § 298, Absatz 2, der mit dem vom Bundestag am 4. Oktober 1967 verabschiedeten Gesetz zum strafrechtlichen Schutz gegen den Missbrauch von Tonaufnahme- und Abhörgeräten dem Strafgesetzbuch eingefügt wurde; durch den argentinischen Entwurf Soler, Artikel 198, sowie durch das vom American Law Institute im Jahre 1962 herausgegebene Modell-Strafgesetz, welches als Vorbild einzelstaatlicher Strafgesetze dienen soll, section 250.12, Absatz 1, Buchstaben a-c;

das Anbringen von Abhörgeräten durch § 145a des norwegischen Strafgesetzbuches;

das Abhören von fremden Telefongesprächen durch § 145a des norwegischen Strafgesetzbuches; durch § 605 der Federal Communication Act der USA von 1934; durch § 250.05 des Strafgesetzes von New York; durch section 250.12, Absatz 2, Buchstabe a des amerikanischen Model Penal Code von 1962

und durch section 3, Absatz 1, Buchstabe *a* der kanadischen Right of Privacy Act 1967;

das heimliche Aufnehmen von nichtöffentlichen Gesprächen durch den deutschen Entwurf 1962, § 183, Absatz 1, Ziffer 1; das deutsche Gesetz 1967, § 298, Absatz 1, Ziffer 1; den argentinischen Entwurf Soler, Artikel 198; den portugiesischen Entwurf Correia, Artikel 192, und den amerikanischen Model Penal Code, section 250.12, Absatz 1, Buchstaben *b* und *c*;

das Abhören und Aufnehmen fremder Gespräche durch § 310d, Absatz 1 des österreichischen Strafgesetzbuches, eingefügt durch Novelle von 1965; durch § 250.05 des Strafgesetzes von New York; durch § 145a des norwegischen Strafgesetzbuches, der ausdrücklich eine geschlossene Gesellschaft gegen solche Machenschaften schützt, sowie durch section 4, Absatz 1, Buchstabe *a* der kanadischen Right of Privacy Act 1967;

der Gebrauch, das einem Dritten Zugänglichmachen oder Veröffentlichen heimlicher Gesprächsaufnahmen durch § 310d, Absatz 2 des österreichischen Strafgesetzbuches; durch § 183, Absatz 1, Ziffer 2 des deutschen Entwurfs 1962; durch § 298, Absatz 1, Ziffer 2 des deutschen Gesetzes 1967; durch den portugiesischen Entwurf Correia, Artikel 192; durch den amerikanischen Model Penal Code, section 250.12, Absatz 2, Buchstabe *b*, und durch die kanadische Right of Privacy Act 1967, section 3, Absatz 1, Buchstabe *b* und section 4, Absatz 1, Buchstabe *b*.

Auch in England, Schweden und den Niederlanden sind Studien und Vorarbeiten im Gange, welche die strafrechtliche Bekämpfung der Verwendung von Abhörgeräten zum Gegenstand haben; sie haben sich jedoch noch nicht zu formulierten Entwürfen verdichtet. Ferner wurde letztes Jahr in der Beratenden Versammlung des Europarates der Erlass einer Resolution angeregt, mit welcher die juristische Kommission des Rates eingeladen werden soll, das Problem der Gesetzgebung über Abhörgeräte zu studieren und darüber dem Rat einen Bericht zu erstatten (Dokument 2226 vom 26. April 1967).

6. Da bereits bei Annahme des Postulates Müller-Luzern am 28. September 1966 prinzipiell Einigkeit darüber bestand, dass eine Ergänzung der gegenwärtig unzureichenden strafrechtlichen Mittel zur Abwehr von Angriffen auf die persönliche Geheimsphäre mittels Abhörgeräten und andern Errungenschaften des technischen Fortschritts dringend ist, wurde vom Justiz- und Polizeidepartement die Ausarbeitung entsprechender strafrechtlicher Schutzbestimmungen ohne Verzug an die Hand genommen. Der Kommission des Ständerates zur Vorberatung des vom Bundesrat der Bundesversammlung mit Botschaft vom 1. März 1965 (BB1 1965, I, 561) unterbreiteten Gesetzesentwurfs über eine Teilrevision des Schweizerischen Strafgesetzbuches wurde am 17. November 1966 die Frage unterbreitet, ob mit dieser Teilrevision oder in einer besonderen Gesetzesvorlage der spezielle Teil des Strafgesetzbuches durch Tatbestände zum Schutze der Intimsphäre zu ergänzen sei. Die Kommission hielt die Schaffung der Schutzbestimmungen für dringlich, glaubte aber, dass diese schon vor Beendigung der hängigen Teilrevision in Kraft treten sollten. Sie gab daher der Meinung Ausdruck, die Verstärkung des strafrechtlichen Schutzes der Intimsphäre sollte mög-

licht bald auf dem Wege einer besondern Gesetzesvorlage verwirklicht werden (Amtl. Bull. Ständerat 1967, Seite 46, linke Spalte).

Der Entwurf wurde, da sich mancherlei Probleme technischer und juristischer Art stellten, zusammen mit der Generaldirektion PTT als der sachlich kompetenten Stelle des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements und mit Herrn Professor Dr. Hans Schultz von der Universität Bern als Strafrechtsexperten ausgearbeitet. Diese Zusammenarbeit erwies sich als besonders nützlich bei der Klärung der heiklen Frage der Abgrenzung zwischen strafbaren und nicht strafwürdigen Handlungen. Schwierigkeiten bereitete diese Frage vor allem bei der Bestimmung betreffend die strafbare Verwendung von Bildaufnahmegeräten (Photo-, Film- und Fernsehkameras) als Mittel zur Verletzung des persönlichen Geheimbereichs (Art. 179^{quater} des Entwurfs). Ein Grund für diese Schwierigkeiten bestand nicht zuletzt darin, dass mit der Strafbarerklärung gewisser Angriffe auf die persönliche Intimsphäre mittels Bildaufnahmegeräten insofern Neuland betreten wurde, als sich in den ausländischen Strafgesetzen und Strafgesetzentwürfen, soweit bekannt, keine solchen Bestimmungen finden.

7. Der Entwurf sieht eine Ergänzung des Strafgesetzbuches durch sechs Einschaltartikel vor; diese sollen am Ende des dritten Titels des zweiten Buches, das heisst anschliessend an den Artikel 179, der von der Verletzung des ebenfalls zur persönlichen Geheimsphäre gehörenden Schriftgeheimnisses handelt, eingefügt werden. Vier Artikel enthalten die Straftatbestände (Art. 179^{bis}, ^{ter}, ^{quater} und ^{sexies}), der Artikel 179^{quinqutes} erklärt gewisse Handlungen, die unter die Straftatbestände der Artikel 179^{bis} und 179^{ter} fallen könnten, als nicht strafbar, und der Artikel 179^{septies} enthält eine von der allgemeinen Regelung des Artikels 58 StGB abweichende Sonderordnung der richterlichen Einziehung.

Unter Strafe gestellt werden folgende Handlungen:

1. das Abhören oder Aufnehmen eines fremden nichtöffentlichen Gesprächs mittels eines Abhörgeräts (Art. 179^{bis}, Abs. 1),
2. das heimliche Aufnehmen eines nichtöffentlichen Gesprächs durch einen Gesprächsteilnehmer auf einen Tonträger (Art. 179^{ter}, Abs. 1),
3. das Beobachten oder Aufnehmen von Tatsachen aus dem Geheimbereich eines andern mittels eines versteckt angebrachten Bildaufnahmegeräts (Art. 179^{quater}, Abs. 1),
4. das Auswerten von Tatsachen, die zufolge strafbaren Abhörens oder Aufnehmens eines Gesprächs oder zufolge strafbarer Verwendung eines Bildaufnahmegeräts bekanntgeworden sind, ebenso die Bekanntgabe solcher Tatsachen an Dritte (Art. 179^{bis}, Abs. 2, Art. 179^{ter}, Abs. 2 und Art. 179^{quater}, Abs. 2),
5. die Aufbewahrung und das einem Dritten Zugänglichmachen von Ton- oder Bildaufnahmen, die in strafbarer Weise hergestellt wurden (Art. 179^{bis}, Abs. 3, Art. 179^{ter}, Abs. 2 und Art. 179^{quater}, Abs. 3), und
6. das Inverkehrbringen und Anpreisen von Abhör-, Ton- und Bildaufnahmegeräten (und von Bestandteilen dazu), die zu strafbaren Verletzungen des persönlichen Geheimbereichs dienen sollen (Art. 179^{sexies}).

In Artikel 179^{quinquies} wird statuiert, dass keine strafbare Handlung im Sinne von Artikel 179^{bis}, Absatz 1 beziehungsweise von Artikel 179^{ter}, Absatz 1 begeht,

1. wer ein Gespräch, das über eine dem Telefonregal unterstehende Telephonanlage geführt wird, mittels einer von den PTT-Betrieben bewilligten Sprechstelle oder Zusatzeinrichtung mithört oder auf einen Tonträger aufnimmt,
2. wer ein Gespräch, das über eine dem Telefonregal nicht unterstehende Telephonanlage geführt wird, mittels einer Sprechstelle oder Zusatzeinrichtung dieser Anlage mithört oder auf einen Tonträger aufnimmt oder
3. wer ein radioelektrisch übertragenes Gespräch mittels einer Empfangsanlage mithört oder auf einen Tonträger aufnimmt.

II. Technische Aspekte

Da die sachgerechte Beurteilung der einzelnen Bestimmungen des Entwurfs eine gewisse Kenntnis der technischen Aspekte der zu pönalisierenden Verletzungen des persönlichen Geheimbereichs voraussetzt, wird in diesem Abschnitt kurz dargetan, um welche Geräte und Gegenstände es sich nach dem heutigen Stand der technischen Entwicklung beispielsweise im einzelnen handeln kann, wenn im Entwurf von Tonaufnahmegerät, Tonträger, Aufnahme, Abhörgerät, Bildaufnahmegerät und Bildträger die Rede ist.

Zum Fixieren gewöhnlicher Gespräche eignet sich praktisch jedes Tonaufnahmegerät (Tonband-, Diktier- oder ähnliches Gerät), das auf elektromagnetischem Weg das gesprochene Wort auf einem Tonträger (Tonband, Ton draht, Tonfolie oder ähnlichem Tonträger) festhält. Batteriebetriebene Geräte können versteckt werden und dem Interessierten die in der Nähe des Mikrophons gesprochenen Worte wiederholen. Es gibt heute Tonbandgeräte von so geringer Grösse, dass sie sich leicht in einer Rocktasche verstecken lassen. Sie ermöglichen Tonaufnahmen von mehreren Stunden Dauer ohne Spulenwechsel. Zubehörteile wie Mikrophone in der Form eines Füllfederhalters oder einer Armbanduhr erleichtern die unauffällige Verwendung des Gerätes. Auch Aktenkoffer werden angeboten, die geräuschlos arbeitende Tonbandgeräte enthalten, die beim geringsten Ton automatisch eingeschaltet und wieder abgeschaltet werden, sobald Ruhe herrscht.

Im weitem kann als Abhörgerät ein drahtloses Mikrophon, das heisst ein mit einem batteriebetriebenen Miniatursender zusammengebautes Mikrophon verwendet werden. Solche Abhörgeräte haben in der Ausführung, in der sie heute in der Regel angeboten werden, etwa die Grösse einer Zigaretten- oder Streichholzschachtel. Geräte in dieser Grössenordnung kann auch jeder einigermaßen begabte Elektrobastler selber herstellen. Die Reichweite der verwendeten Sender beträgt je nach ihrer Kapazität und den örtlichen Verhältnissen einige Dutzend Meter bis ungefähr einen Kilometer, die Sendedauer einige Stunden bis mehrere Tage. Die Sendefrequenz liegt im Ultrakurzwellenbereich, in der Regel zwischen

60 und 110 Megahertz. Mit solchen Geräten, die sich wegen ihrer Kleinheit leicht verstecken lassen, kann man aus sicherer Entfernung, beispielsweise von einem geparkten Auto aus, über ein Ultrakurzwellenempfangsgerät fremde Gespräche mithören und auch mit einem an das Empfangsgerät angeschlossenen Tonaufnahmegerät auf Tonband fixieren. Mit besonders empfindlichen Mikrofonen können Gespräche selbst durch Wände hindurch abgehört werden. In Missachtung der von der Generaldirektion PTT auferlegten Sendekonzessionsbedingungen können natürlich auch mobile Kleinsendeanlagen als Abhörgerät missbraucht werden, zum Beispiel Handsprechfunkgeräte, wie sie auf Grossbaustellen, bei sportlichen Veranstaltungen usw. als Verbindungsmittel dienen, ferner drahtlose Mikrophone, wie sie beispielsweise an Hochschulen zur Übertragung von Vorlesungen in einen zweiten Hörsaal, bei grossen Konferenzen zur Übertragung von Ansprachen oder bei gewissen Fernsehsendungen verwendet werden.

Das Anzapfen von Telephonleitungen ist unter gewissen Voraussetzungen ebenfalls möglich. Das Abhörgerät kann hier aus einem Kopfhörer oder aus einem Tonbandgerät bestehen; diese Geräte lassen sich mit zwei Klammern an das zu überwachende Telephonleitungspaar anschliessen. Auch Kleinsender lassen sich in dieser Weise an eine Telephonleitung anschliessen. Ohne direkte Verbindung mit der Telephonleitung arbeiten induktive Abhörgeräte. Als solche dienen beispielsweise batteriebetriebene Kleinsender, die mit einer Induktionsspule zusammengebaut sind. Ein solches Gerät, das ebenfalls nicht grösser ist als eine Streichholzschachtel, muss nicht an der Telephonleitung selber, sondern lediglich innerhalb des sie umgebenden magnetischen Feldes angebracht werden, um die durch die Telephonleitung geführten Gespräche für den Lauscher hörbar zu machen. Auch widerrechtlich an ein Telephonnetz angeschlossene Sprechstellen, Vermittler-, Zweig- und andere Apparate, welche die Möglichkeit bieten, ein fremdes Telefongespräch mitzuhören oder auf einen Tonträger aufzunehmen, gelten nach dem Entwurf als Abhörgeräte (vergleiche hierüber die nachstehenden Erläuterungen zu Art. 179^{quinquies}).

Zur heimlichen visuellen Beobachtung stehen neben den schon seit Jahren verwendeten Photo- und Filmkameras heute als Bildaufnahmegeräte auch Fernsehkameras zur Verfügung. Es gibt bereits volltransistorisierte, batteriebetriebene Fernsehkameras in Taschenformat, die sich leicht in dem zu beobachtenden Raum verstecken lassen. Die von einer solchen Kamera aufgenommenen Bilder werden mittels eines Kleinsenders ausgestrahlt und können vom Beobachter in sicherer Distanz mit einem Fernsehempfangsgerät aufgefangen werden. Bei zusätzlicher Verwendung eines Empfangsgerätes für infrarote Strahlen lassen sich selbst bei völliger Dunkelheit visuelle Beobachtungen anstellen und Bildaufnahmen machen. Als Bildträger, auf denen die mittels eines Bildaufnahmegerätes beobachteten Tatsachen als Aufnahme fixiert werden können, fallen namentlich in Betracht: der Film in der als Bildaufnahmegerät verwendeten Photo- oder Filmkamera; die davon erstellten Kopien; der Film, auf den das im Fernsehempfänger erscheinende Bild mittels einer vor dieser aufgestellten Photo- oder Filmkamera gebannt wird; schliesslich vor allem auch das elektromagnetische Band,

auf welchem die von der Fernsehkamera abgegebenen und auf radioelektrischem Weg oder durch Draht einem Bildaufzeichnungsgerät zugeleiteten elektronischen Bildimpulse durch dieses fixiert werden. Die so fixierten Impulse lassen sich später durch Abspielen des Bandes beliebig oft auf dem Schirm einer Fernsehempfangsanlage als Bilder reproduzieren oder auf andere elektromagnetische Bänder übertragen.

III. Erläuterung des Entwurfs

Die systematische Eingliederung der neuen Bestimmungen am Schluss des dritten Titels des zweiten Buches des Strafgesetzbuches ist, wie bereits gesagt, durch deren Inhalt gegeben. Sie bedingt eine entsprechende redaktionelle Änderung dieses Titels und des Randtitels zu Artikel 179.

Art. 179^{bis}

Nach Absatz 1 von Artikel 179^{bis} macht sich strafbar, wer ein fremdes nicht-öffentliches Gespräch, also ein Gespräch, an dem er selber nicht teilnimmt, ohne Einwilligung aller daran Beteiligten, mit einem Abhörgerät abhört oder auf einen Tonträger aufnimmt. Geschützt wird lediglich das nichtöffentliche Gespräch. Damit sind mündliche Äusserungen ausgeschlossen, die für einen grösseren, nicht durch persönliche Beziehungen abgegrenzten Personenkreis wahrnehmbar sind; denn solche Äusserungen liegen ausserhalb des persönlichen Geheimbereichs.

Nach allgemeiner Regel ist die Einwilligung des Verletzten im Bereich der verzichtbaren Individualgüter ein besonders bedeutsamer Grund für die Straflosigkeit des Täters. Sie hat diese Bedeutung auch für Straftaten gegen den persönlichen Geheimbereich. Der Einzelne kann in gewissen Fällen auf den Schutz seiner Geheimsphäre verzichten, indem er dem Aussenstehenden den Zugang zu ihr erlaubt. In solchen Fällen kann von einer Verletzung des persönlichen Geheimbereichs nicht gesprochen werden. Der Entwurf trägt dem dadurch Rechnung, dass er das Fehlen der Einwilligung der am Gespräch beteiligten Personen als Tatbestandsmerkmal ausgestaltet, auf das der Vorsatz des Täters sich erstrecken muss. Die Einwilligung kann ausdrücklich oder stillschweigend erfolgen. Wird sie von einem am Gespräch Beteiligten gegeben, so macht sich der Abhörende ihm gegenüber nicht strafbar, wohl aber noch gegenüber den andern Gesprächsteilnehmern.

Der strafrechtliche Schutz des nichtöffentlichen Gesprächs wäre unvollständig, wenn nur dessen unmittelbares Abhören oder die Aufnahme auf einen Tonträger, nicht aber auch Handlungen, die auf irgendwelche Verwertung des Gehörten oder der Aufnahme gerichtet sind, unter Strafe gestellt würden. Erst dadurch, dass man auch die Verwertung des Abgehörten oder der Aufnahme dem Risiko der Strafe aussetzt, wird der Anreiz, fremde Gespräche abzuhören oder aufzunehmen, entscheidend vermindert. Deshalb wird in den Absätzen 2 und 3 eine Reihe von Nachtaten ebenfalls als strafbar erklärt: Strafbar macht sich auch, wer eine Tatsache, von der er weiss oder annehmen muss, dass sie auf Grund einer strafbaren Handlung nach Absatz 1 zu seiner Kenntnis gelangte, auswertet oder einem Dritten mitteilt, ferner wer eine Aufnahme, von der er

weiss oder annehmen muss, dass sie durch eine strafbare Handlung nach Absatz 1 hergestellt wurde, aufbewahrt oder einem Dritten zugänglich macht, zum Beispiel durch Vorspielen oder Aushändigen der Aufnahme, wobei es sich auch um eine Kopie der Originalaufnahme handeln kann. Mit dem Zwischensatz, wonach der Täter wissen oder annehmen muss, dass die Tatsache zufolge einer strafbaren Handlung nach Absatz 1 zu seiner Kenntnis gelangte beziehungsweise die Aufnahme durch eine solche Handlung hergestellt wurde, wird klargestellt, dass ein Täter nach Absatz 2 oder 3 – es können auch mehrere sein, indem beispielsweise eine Tatsache von Mund zu Mund weitergeleitet oder eine Aufnahme von Hand zu Hand weitergegeben wird, – mit jenem nach Absatz 1 nicht identisch zu sein braucht; die strafbaren Nachtaten nach Absatz 2 oder 3 können auch von jemandem begangen werden, der das Gespräch nicht selber abgehört oder aufgenommen hat.

Nicht leicht zu beantworten ist die Frage, ob die in Artikel 179^{bis} aufgeführten Taten auf Antrag oder von Amtes wegen verfolgt werden sollen. Die Schwere der Taten würde an sich eine Verfolgung von Amtes wegen ohne weiteres rechtfertigen. Die Verfolgung von Amtes wegen hätte jedoch zur Folge, dass Angelegenheiten des privaten Lebens, vielleicht solche aus dem engsten Bereich der Intimsphäre, von den Strafverfolgungsbehörden auch dann untersucht und, sofern es zu einer Gerichtsverhandlung kommt, einer weiteren Öffentlichkeit bekannt würden, wenn der Betroffene dies nicht will. Ein solcher strafrechtlicher Schutz könnte in seinen tatsächlichen Auswirkungen leicht zum Nachteil des zu Schützenden umschlagen. Diese Möglichkeit kann allerdings auch bestehen, wenn die Verfolgung vom Strafantrag des Verletzten abhängig gemacht wird. Doch kann sich der Antragsberechtigte stets überlegen, ob er dieses Risiko eingehen will, und er kann über die Einleitung und die Fortsetzung des Strafverfahrens entscheiden. Es erscheint deshalb angezeigt, die Strafverfolgung in allen Fällen vom Strafantrag des Verletzten abhängen zu lassen. In diesem Falle ist zu beachten, dass der Begriff des Verletzten nicht eng zu fassen ist. Ein Beteiligter ist schon dadurch verletzt, dass das Gespräch abgehört wurde; er muss nicht etwa durch nachherige Verbreitung des Gesprächs in seiner Ehre oder in einem anderen Interesse betroffen worden sein. Verletzter ist jeder Teilnehmer am abgehörten Gespräch. Der Strafantrag eines Verletzten genügt zur Auslösung der Strafverfolgung.

Der auf Gefängnis oder Busse lautende Strafraumen (Abs. 4) ist gross. Er trägt dem Umstand Rechnung, dass bei der einzelnen Straftat die Verletzung des persönlichen Geheimbereichs und das Verschulden des Täters je nach den Umständen sehr schwer, aber auch relativ leicht sein können.

Art. 179^{ter}

Dieser Artikel stellt in Absatz 1 das heimliche Aufnehmen eines Gesprächs auf einen Tonträger durch einen der Gesprächsteilnehmer unter Strafe. Da dieser Eingriff in den persönlichen Geheimbereich grundsätzlich als weniger schwerwiegend zu betrachten ist als das Abhören oder Aufnehmen eines fremden Gesprächs, lautet die Strafandrohung lediglich auf Gefängnis bis zu einem Jahr oder

Busse. Zur Vervollständigung des strafrechtlichen Schutzes werden, gleich wie im vorangehenden Artikel, auch hier gewisse Nachfolgehandlungen unter Strafe gestellt (Abs. 2).

Art. 179^{quater}

Artikel 179^{quater} hat die Verletzung des persönlichen Geheimbereichs durch Bildaufnahmegeräte zum Gegenstand. Er ist im Prinzip gleich ausgestaltet wie Artikel 179^{bis}, zu dem er das Gegenstück bildet. Bestraft wird nur, wer mit einem versteckt angebrachten Bildaufnahmegerät eine Tatsache aus dem Geheimbereich eines andern beobachtet oder auf einen Bildträger aufnimmt. Mit der Beschränkung der Bestimmung auf die Verwendung versteckt angebrachter Bildaufnahmegeräte (beispielsweise hinter einem Spiegel, in einer Klimaanlage, in einem Zigarettenetui oder in einem Kleidungsstück) wird erreicht, dass wirklich nur die besonders hinterhältigen Geheimbereichsverletzungen unter Strafe gestellt werden, bei denen ein eindeutiges Strafbedürfnis erkennbar ist, weil ihnen der Betroffene praktisch gleich wehrlos ausgeliefert ist wie der Belauschung durch ein Abhörgerät. Mit dieser Beschränkung wird auch eine für jedermann erkennbare Abgrenzung gegenüber der nicht strafbaren Verwendung von Bildaufnahmegeräten gezogen. Eine solche eindeutige Abgrenzung liesse sich nicht mehr erreichen, wenn der strafrechtliche Schutz auf andere Verletzungen des Geheimbereichs mittels Bildaufnahmegeräten erstreckt würde. Eine Formel jedoch, die lediglich dem Richter die Aufgabe überbände, die Grenze des rechtswidrigen und damit strafbaren Verhaltens zu bestimmen, also in Wirklichkeit über die Strafwürdigkeit zu befinden, ist abzulehnen; denn eine solche Überwälzung einer an sich dem Gesetzgeber obliegenden Aufgabe auf den Richter widerspräche dem Grundsatz der Legalität, der das schweizerische Strafrecht beherrscht.

Art. 179^{quinquies}

Seit jeher werden an Telephonnetze nicht nur einfache Sprechstellen angeschlossen, sondern auch gewisse Zusatzeinrichtungen (Vermittler-, Zweig- und andere Apparate). Ein Teil dieser Zusatzeinrichtungen hat zum Zweck oder bietet die Möglichkeit, ein Telefongespräch auf einen Tonträger aufzunehmen (Gesprächsaufnahme- und Wiedergabegeräte) oder durch eine Drittperson mithören zu lassen (beispielsweise gewisse Vermittler- und Zweigsprechstellen und Cheftelephone). Bei den dem Telephonregal unterstehenden Telephonanlagen bedürfen solche Zusatzeinrichtungen einer Bewilligung der PTT-Betriebe (Art. 20 TVG; Art. 31 VV III zum TVG vom 24. April 1959 (Telephonordnung), AS 1959, 462). Wenn ein Telephonabonnent mit Bewilligung der PTT-Betriebe ein Gesprächsaufnahme- und Wiedergabegerät betreibt, erscheint im Verzeichnis der Telephonabonnenten neben seiner Aufrufnummer bekanntlich das Zeichen « \odot ». Diese Zusatzeinrichtungen haben sich seit Jahrzehnten eingebürgert. Sie sind nützliche und zum Teil notwendige Hilfsmittel, welche die Arbeit und den Telephonverkehr erleichtern und rationalisieren und die man nicht mehr missen möchte und könnte. Dabei ist sich jedermann bewusst, dass

durch bestimmte Verwendungsarten der persönliche Geheimbereich des einen Gesprächspartners durch den andern oder beider durch eine Drittperson verletzt werden kann. Doch sind hier die Möglichkeiten einer Gefährdung der Intimsphäre nicht derart, dass ein Bedürfnis nach deren Strafbareklärung im Sinne der Artikel 179^{bis} und 179^{ter} bestünde. Wäre ein solches Bedürfnis vorhanden, so hätte es sich bereits vor Jahren gezeigt. Dass dies nicht der Fall war, hat seinen Grund darin, dass jedermann, der zum Telefon greift, um diese Gefährdungsmöglichkeit weiss und sich darauf einstellt, das heisst sich gleich verhält wie bei einem direkten Gespräch in Hörweite von Drittpersonen. Ebenso wie man ein direktes Gespräch in Hörweite von Drittpersonen weiterführen (mit dem Risiko, dass eine Drittperson etwas hört, das man geheimhalten möchte) oder es abbrechen kann, um es unter Umständen später ausser Hörweite der Drittpersonen wieder aufzunehmen, kann man sich auch bei Telefongesprächen verhalten. Man kann die Gefährdungsmöglichkeit bewusst in Kauf nehmen oder ihr ausweichen, indem man auf das Telefongespräch verzichtet oder dieses auf einen Zeitpunkt verschiebt, in dem man nicht mehr mit ihr rechnen muss, oder eine Sprechstelle benützt, von der man weiss, dass mit ihr keine Zusatzeinrichtung verbunden ist. Abgesehen davon, dass das Bedürfnis nach Pönalisierung zu verneinen ist, wäre es auch ausserordentlich schwierig, wenn nicht gar unmöglich, eine sichere Abgrenzung zwischen der erlaubten und der strafbaren Benützung einer Zusatzeinrichtung zu finden. Eine solche wäre aber unbedingt erforderlich. Denn ohne eine klare Abgrenzung wären die Telefonbenützer nicht in der Lage zu beurteilen, bei welcher Benützungsart sie sich strafbar machen und bei welcher nicht.

Aus diesen Gründen wird in Artikel 179^{quinquies} bestimmt, dass sich weder nach Artikel 179^{bis}, Absatz 1 noch nach Artikel 179^{ter} Absatz 1 strafbar macht, wer ein Gespräch, das über eine dem Telefonregal unterstehende Telefonanlage geführt wird, mittels einer von PTT-Betrieben bewilligten Sprechstelle oder Zusatzeinrichtung mithört oder auf einen Tonträger aufnimmt (Abs. 1). Diese Nichtstrafbarkeit erstreckt sich natürlich auch auf die in Artikel 179^{bis}, Absatz 2 und 3 sowie in Artikel 179^{ter}, Absatz 2 aufgeführten Nachfolgehandlungen; denn die Strafbarkeit dieser Nachfolgehandlungen ist nur gegeben, wenn ihnen eine nach Artikel 179^{bis}, Absatz 1 oder Artikel 179^{ter}, Absatz 1 strafbare Handlungen vorangegangen ist.

Absatz 2 enthält die entsprechende Regel für Fälle, in denen Telefonanlagen benützt werden, die dem Telefonregal nicht unterstehen. Es sind dies nach Artikel 2 TVG die für den Eisenbahnbetrieb notwendigen Anlagen, Haus-telephone und Gegensprechanlagen sowie Anlagen, die durch Militärbehörden oder Truppen ausschliesslich für militärische Zwecke erstellt werden.

Mit diesen in Artikel 179^{quinquies}, Absätze 1 und 2 aufgestellten Bestimmungen wird eine klare und für jedermann leicht erkennbare Abgrenzung gewonnen: Strafbar macht sich nur, wer eine Telefonleitung mit einem dafür besonders konstruierten Abhörgerät oder mit einer von den PTT-Betrieben nicht bewilligten beziehungsweise nicht zur Telefonanlage gehörenden Zusatzeinrichtung anzapft.

Dass in Absatz 3 auch das Mithören und Aufnehmen von radioelektrisch übertragenen Gesprächen (Funkgesprächen) mittels einer Empfangsanlage (als solche gilt jeder Radioempfänger) als nicht gemäss Artikel 179^{bis}, Absatz 1 strafbar erklärt wird, bedarf keiner näheren Erörterung. Gespräche, die durch den Äther und damit in Hörweite von jedermann, der einen Radioempfänger besitzt, geführt werden, liegen nicht mehr innerhalb des persönlichen Geheimbereichs. Hingegen kann sich jedermann, der eine solche Handlung begeht, des verbotenen Nachrichtenempfangs schuldig machen. Nach Artikel 21, Absatz 2 der Vollziehungsverordnung I zum TVG vom 1. Juni 1942 (BS 7, 880) ist es nämlich verboten, «private, staatliche, militärische oder dienstliche Telegramme, telephonische oder radiophonische Gespräche oder Mitteilungen mit Radioempfangseinrichtungen aufzufangen. Werden sie unbeabsichtigt aufgefangen, so dürfen sie weder aufgezeichnet noch Dritten mitgeteilt, noch für irgendwelche Zwecke verwertet werden; ...». Dieses Verbot ist auch im Auszug aus den Konzessionsvorschriften enthalten, der allen Personen, die ein Radio haben, bei Erteilung der Radorundspruch-Empfangskonzession ausgehändigt wird. Inhaber und Benützer von Radioempfangsanlagen, die sich der Widerhandlung gegen dieses Verbot schuldig machen, werden auf Grund von Artikel 42, Absatz 1, Buchstaben *a* und *b* TVG mit Busse oder mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

An diesem Beispiel zeigt sich auch, dass, wie bereits gesagt, die Strafflosigkeit der in Artikel 179^{quinqütes} aufgezählten Handlungen sich nur auf die in den Artikeln 179^{bis} und 179^{ter} genannten Strafnormen bezieht. Andere Strafbestimmungen werden von Artikel 179^{quinqütes} nicht berührt. Als weiteres Beispiel sei noch angeführt das Ausspähen militärischer Geheimnisse durch Mithören oder Aufnehmen von Telephon- oder Funkgesprächen, um sie einem fremden Staat zugänglich zu machen; wer das tut, macht sich nach Artikel 86 des Militärstrafgesetzes strafbar.

Art. 179^{sexies}

Während die vorangehenden Artikel die strafbare Anwendung von Abhör-, Ton- und Bildaufnahmegeräten zum Gegenstand haben, richtet sich Artikel 179^{sexies} gegen die Verbreitung solcher Geräte. In Ziffer 1 dieses Artikels werden unter Strafe gestellt das Herstellen, jedwelcher Erwerb und Besitz, jedwelches Inverkehrbringen (insbesondere Einfuhr, Ausfuhr, Lagerung, Verschaffung, Übergabe an einen andern, Verkauf, Vermietung, Verleihung) sowie jedwelches Anpreisen von Abhör-, Ton- und Bildaufnahmegeräten, die zum Begehen einer strafbaren Handlung nach Artikel 179^{bis}, Absatz 1, 179^{ter}, Absatz 1 oder Artikel 179^{quater}, Absatz 1 dienen sollen. Dasselbe gilt für Bestandteile zu solchen Geräten. Die Verfolgung der Täter erfolgt von Amtes wegen. Als Vorbild für diese Bestimmung dienten folgende Straftatbestände des Strafgesetzbuches: Artikel 154 (Inverkehrbringen gefälschter Waren), Artikel 204 (Unzüchtige Veröffentlichungen), Artikel 226 (Herstellen, Verbergen, Weiterschaffen von Sprengstoffen und giftigen Gasen), Artikel 236 (Inverkehrbringen von gesundheitsschädlichem Futter), Artikel 244 (Einführen, Erwerben, Lagern falschen Geldes) und Artikel 247 (Fälschungsgeräte; unrecht-

mässiger Gebrauch von Geräten). Die Wirksamkeit der Bestimmung wäre unvollkommen, wenn neben dem Täter nicht auch dessen allfällige Hintermänner, die eigentlichen Profiteure, strafrechtlich erfasst werden könnten. Deshalb wird in Ziffer 2, Absatz 1 auch der Dritte, in dessen Interesse der Täter handelt, derselben Strafandrohung unterstellt wie der Täter, sofern er die Widerhandlung kannte und sie nicht nach seinen Möglichkeiten verhindert hat. Ist der Dritte eine juristische Person, eine Kollektiv- oder eine Kommanditgesellschaft oder eine Einzelfirma, so wird Absatz 1 auf diejenigen Personen angewandt, die für sie gehandelt haben oder hätten handeln sollen (Absatz 2). Der Absatz 2 hat vor allem auch jene Fälle im Auge, in denen der Täter in seiner Eigenschaft als Angestellter einer Hersteller-, Handels-, Transport- oder Werbefirma handelt. Die Vorgesetzten und Leiter der Firma, welche die strafbare Handlung ihres Angestellten tolerieren, sollen der gleichen Strafandrohung unterstehen wie dieser.

Art. 179^{septies}

Nach Artikel 58 StGB hat der Richter Gegenstände, die mit einer strafbaren Handlung zusammenhängen, einzuziehen, wenn sie die Sicherheit von Menschen, die Sittlichkeit oder die öffentliche Ordnung gefährden. Abhör-, Ton- und Bildaufnahmegeräte, die zur Begehung strafbarer Handlungen nach Artikel 179^{bis}, ^{ter, quater oder sextes} gedient haben oder bestimmt sind, die damit hergestellten Aufnahmen, die Bestandteile zu solchen Geräten sowie Werbematerial erscheinen schlechtweg als gefährlich. Es rechtfertigt sich deshalb, deren Einziehung nicht dem Richter anheimzustellen, sondern diese in einem besondern Artikel 179^{septies} obligatorisch vorzuschreiben. Die Sicherungsmassnahme der obligatorischen Einziehung stellt kein neues Rechtsinstitut dar; das Strafgesetz statuiert sie bereits bei einer Reihe anderer Tatbestände (Art. 204, Ziff. 3, 235, Ziff. 3, 236, Abs. 3, 249, 274, Ziff. 2, 301, Ziff. 2, 327, Ziff. 3, 328, Ziff. 2).

* * *

Wie für das zu ändernde und zu ergänzende Schweizerische Strafgesetzbuch bildet auch für den vorliegenden Gesetzesentwurf Artikel 64^{bis} der Bundesverfassung die verfassungsmässige Grundlage.

Wir beehren uns, Ihnen den Entwurf zur Annahme zu empfehlen. Gleichzeitig beantragen wir Ihnen, das Postulat des Nationalrates vom 28. September 1966 betreffend Schutz der Intimsphäre (Postulat Müller-Luzern, Nr. 9526) als erledigt abzuschreiben.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 21. Februar 1968.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Spühler

Der Bundeskanzler:

Huber

(Entwurf)

Bundesgesetz betreffend Verstärkung des strafrechtlichen Schutzes des persönlichen Geheimbereichs

*Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 21. Februar 1968,

beschliesst:

I

Das Schweizerische Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937¹⁾
wird wie folgt geändert und ergänzt:

Dritter Titel

Vergehen gegen die Ehre und den persönlichen Geheimbereich

Art. 179 (nur Randtitel)

2. Vergehen
gegen den
persönlichen
Geheimbereich.
Verletzung des
Schrift-
geheimnisses

Art. 179^{b1a}

Wer ein fremdes nichtöffentliches Gespräch, ohne die Einwilligung aller daran Beteiligten, mit einem Abhörgerät abhört oder auf einen Tonträger aufnimmt,

wer eine Tatsache, von der er weiss oder annehmen muss, dass sie auf Grund einer nach Absatz 1 strafbaren Handlung zu seiner Kenntnis gelangte, auswertet oder einem Dritten bekanntgibt,

wer eine Aufnahme, von der er weiss oder annehmen muss, dass sie durch eine nach Absatz 1 strafbare Handlung hergestellt wurde, aufbewahrt oder einem Dritten zugänglich macht,

wird, auf Antrag, mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

Abhören und
Aufnehmen
fremder
Gespräche

¹⁾ BS 3, 203; AS 1951, 1.

Art. 179^{ter}

Heimliches
Aufnehmen
von Gesprächen

Wer als Gesprächsteilnehmer ein nichtöffentliches Gespräch, ohne die Einwilligung der andern daran Beteiligten, heimlich auf einen Tonträger aufnimmt,

wer eine Aufnahme, von der er weiss oder annehmen muss, dass sie durch eine nach Absatz 1 strafbare Handlung hergestellt wurde, aufbewahrt, auswertet, einem Dritten zugänglich macht oder einem Dritten vom Inhalt der Aufnahme Kenntnis gibt,

wird, auf Antrag, mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Busse bestraft.

Art. 179^{quater}

Verletzung des
persönlichen
Geheimbereichs
durch Bild-
aufnahme-
geräte

Wer eine Tatsache aus dem Geheimbereich eines andern ohne dessen Einwilligung mit einem versteckt angebrachten Bildaufnahmegerät beobachtet oder auf einen Bildträger aufnimmt,

wer eine Tatsache, von der er weiss oder annehmen muss, dass sie auf Grund einer nach Absatz 1 strafbaren Handlung zu seiner Kenntnis gelangte, auswertet oder einem Dritten bekanntgibt,

wer eine Aufnahme, von der er weiss oder annehmen muss, dass sie durch eine nach Absatz 1 strafbare Handlung hergestellt wurde, aufbewahrt oder einem Dritten zugänglich macht,

wird, auf Antrag, mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

Art. 179^{quinquies}

Nicht strafbare
Handlungen

Weder nach Artikel 179^{bis}, Absatz 1 noch nach Artikel 179^{ter}, Absatz 1 macht sich strafbar,

wer ein Gespräch, das über eine dem Telephonregal unterstehende Telephonanlage geführt wird, mittels einer von den PTT-Betrieben bewilligten Sprechstelle oder Zusatzeinrichtung mithört oder auf einen Tonträger aufnimmt,

wer ein Gespräch, das über eine dem Telephonregal nicht unterstehende Telephon- oder Gegensprechanlage geführt wird, mittels einer Sprechstelle oder Zusatzeinrichtung dieser Anlage mithört oder auf einen Tonträger aufnimmt,

wer ein radioelektrisch übertragenes Gespräch mittels einer Empfangsanlage mithört oder auf einen Tonträger aufnimmt.

Art. 179^{sexies}

Inverkehr-
bringen und An-
preisen von Ab-
hör-, Ton- und
Bildaufnahme-
geräten

1. Wer technische Geräte, die, wie er weiss oder annehmen muss, dazu dienen sollen, strafbare Handlungen nach Artikel 179^{bis}, Absatz 1, Artikel 179^{ter}, Absatz 1 oder Artikel 179^{quater}, Absatz 1 zu begehen, oder Bestandteile zu solchen Geräten herstellt, ein-

führt, ausführt, erwirbt, lagert, besitzt, weiterschafft, einem andern übergibt, verkauft, vermietet, verleiht oder sonstwie in Verkehr bringt oder anpreist,

wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

2. Handelt der Täter im Interesse eines Dritten, so untersteht der Dritte, der die Widerhandlung kannte und sie nicht nach seinen Möglichkeiten verhindert hat, derselben Strafandrohung wie der Täter.

Ist der Dritte eine juristische Person, eine Kollektiv- oder eine Kommanditgesellschaft oder eine Einzelfirma, so findet Absatz 1 auf diejenigen Personen Anwendung, die für sie gehandelt haben oder hätten handeln sollen.

Art. 179^{septies}

Der Richter lässt ohne Rücksicht auf die Strafbarkeit einer bestimmten Person Abhör-, Ton- und Bildaufnahmegeräte, die zur Begehung strafbarer Handlungen nach Artikel 179^{bis}, 179^{ter}, 179^{quater} oder 179^{sexies} gedient haben oder bestimmt sind, die damit hergestellten Aufnahmen, die Bestandteile zu solchen Geräten sowie Werbematerial einziehen. Einziehung

II

Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Verstärkung des strafrechtlichen Schutzes des persönlichen Geheimbereichs (Vom 21. Februar 1968)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1968
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	14
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	9873
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.04.1968
Date	
Data	
Seite	585-601
Page	
Pagina	
Ref. No	10 043 956

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.